

## Steuererleichterungen

## SVP will Jersey-Modell für Kantone

**Was für Steuer-Enklaven in den USA und Grossbritannien gilt, soll auch für die Schweiz gelten. SVP-Nationalrat Christoph von Rotz setzt jetzt Druck auf.**

VON JÜRIG AUF DER MAUR

Dass die Schweiz von der OECD auf eine graue Liste gesetzt wurde, bleibt für Schweizer Politiker ein grosses Ärgernis. Vor allem die Tatsache, dass bekannte Steueroasen wie Delaware in den USA oder die britischen Kanalinseln offenbar im Schutz der grossen G-20-Staaten in ruhige Gewässer segeln durften und auf die weisse Liste gesetzt wurden, ruft nach Erklärungen.

Der Obwaldner SVP-Nationalrat Christoph von Rotz geht nun in die Offensive und verlangt Gegenrecht. Er wird in der Sondersession Ende Monat vom Bundesrat per Motion verlangen, dass dieser rechtliche Grundlagen erarbeitet, damit Finanzgesellschaften in der Schweiz in gleicher Weise besteuert werden können wie in Guernsey, Jersey, der Isle of Man oder Delaware.

**Obwalden wie Jersey?**

Von Rotz will, dass die Schweiz wie Jersey und die anderen Steueroasen auf die weisse Liste kommt: «Wenn das Modell Jersey so viel besser ist als das schweizerische, dann müssen wir es

eben übernehmen.» Mit einer solchen Übernahme von ausländischem Recht gemäss Grossbritannien und den USA könnte die Schweiz ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken und gleichzeitig auf die weisse Liste kommen, argumentiert der Obwaldner SVP-Nationalrat.

Geprüft werden soll insbesondere, ob ein solches Regime in der ganzen Schweiz oder nur in gewissen Kantonen eingeführt werden könnte. Schwyz, Zug oder Obwalden also als künftige nationale Steuerparadiese? «Vorerst ist der Bund gefordert», sagt von Rotz und geht davon aus, dass kleinere Kantone wohl besonders prädestiniert wären. «Obwalden hatte bei der damaligen Steuergesetzrevision bei der Firmen-

besteuerung ein Alleinstellungsmerkmal. Das könnte nun wieder so ein Schritt werden», schwebt von Rotz vor.

**Mässige Begeisterung**

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die SVP mit dieser Idee im Parlament kaum Mehrheiten gewinnt. «Es kann höchstens darum gehen, dass wir Anpassungen bezüglich der Besteuerung der Trusts vornehmen», sagt CVP-Fraktionschef Urs Schwaller.

Er hat sich bereits in der letzten Session danach erkundigt, weshalb von der Schweiz ein umfassender Informationsaustausch gefordert werde, bei Trusts aber offenbar keine Probleme geortet werden. Dass die Schweiz aber einfach das Steuerrecht der Kanalinseln übernehme, könne kein Thema sein. «Es kann nur um die Trusts gehen, alles andere ist Unsinn», betont Schwaller.

Genau diesen nach wie offenen Fragen will auch Finanzminister Hans-Rudolf Merz nachgehen, wie er gestern gegenüber Radio DRS ausführte. «Wir wollen wissen, welche Kriterien dazu führten, dass die Inseln über Nacht auf die weisse Liste kamen», erklärte Merz in der «Samstagsrundschau» und versicherte, das mit «grosser Insistenz» tun zu wollen. Von «Kampfmassnahmen» hält Merz aber nach wie vor nichts.

**Lustenberger winkt ab**

Keine Schützenhilfe erhält von Rotz mit seinem Anliegen auch von anderen Zentralschweizer Parlamentariern. «Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in Hyperaktivismus verfallen und den Bundesrat mit nicht mehrheitsfähigen Ideen am Schluss in seinen Verhandlungen noch blockieren», sagt der Luzerner Ruedi Lustenberger (CVP).

**«Wenn das Modell Jersey besser ist, dann müssen wir das übernehmen.»**

CHRISTOPH VON ROTZ, SVP OBWALDEN

## Schweizer Schoggi in der Schublade

Der deutsche Finanzminister **Peer Steinbrück** hat das Schweizer Bankgeheimnis zu Fall gebracht. Auch wenn er



deshalb bei den Schweizern unbeliebt ist, scheint er selbst unserem Land doch nicht so übel gesinnt zu sein. Diesen Eindruck hinterlässt er in einem Interview mit der Zeitschrift «Stern». «Essen Sie noch Schweizer Schokolade?», fragte das Magazin. Und Steinbrück antwortete: «Ich habe sogar welche hier in der Schublade. Und mein Schweizer Taschenmesser habe ich auch noch nicht weggeschmissen!»

Student ist er längst nicht mehr. Dennoch trägt **Franz Egle**, der bereits CVP-Bundesrat **Flavio Cotti** als Informationschef diente und zurzeit als Kommunika-

## POLITAPÉRO

tionsprofi **Samih Sawiris** berät, neuerdings den Dokortitel. Zu dieser späten Ehre ist der 52-jährige Luzerner mit einer Kombination der besonderen Art gekommen: Er verfasste eine Dissertation über die Kontroverse rund ums WEF, dessen Gründer **Klaus Schwab** ebenfalls zu Egles Kundenstamm gehört. Doktorvater war der linke Zürcher Soziologe **Kurt Imhof**. Egle beweist damit nicht nur parteipolitische Offenheit, sondern auch geistige Beweglichkeit bis in die zweite Lebenshälfte.

Politisch sind sie durch Lichtjahre getrennt. Privat aber, da stimmt die Chemie zwischen SVP-Bundesrat **Ueli Maurer** und dem Zuger Alternativen **Josef Lang**. Ausserhalb der SVP habe er nämlich am ehesten Freundschaften gefunden zu Politikern, die ihm in der Sache am entferntesten stünden, sagte Maurer letzte Woche – und nannte neben den ehemaligen SP-Präsidentinnen Ursula Koch und Christiane Brunner auch Josef Lang. Der Zuger Armegegner, der Maurers Wahl zu verhindern versuchte, gibt die Blumen zurück. Jenseits der politischen Differenzen sagt er: «Ja, gegenseitig haben wir uns von Anfang an gemocht.» Eine Rolle spiele dabei sicher auch die gemeinsame bäuerliche Herkunft, so Lang.

## Karin Keller-Sutter

## «Strafe nicht nur übers Portemonnaie»

**Karin Keller-Sutter ist keine Anhängerin des neuen Strafrechts. Die Vizepräsidentin der kantonalen Justizdirektoren hofft, dass die Mängel nun rasch behoben werden.**

**Karin Keller-Sutter, das Eidgenössische Justizdepartement (EJPD) verschickt einen Fragebogen an alle Kantone, damit sie zum umstrittenen neuen Strafrecht Stellung nehmen. Ein guter Zug?**

**Keller-Sutter:** Ich begrüsse diesen Schritt gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen und Vorfälle. Das neue Strafrecht steht jedoch schon länger in der Kritik. Einige Mängel sind jedoch erst im Zuge der Anwendung sichtbar geworden.

**Gesteht der Bund ein, dass das neue Strafrecht gescheitert ist?**

**Keller-Sutter:** Ich bin sicher, dass die Kantone aus der Sicht der Praxis wichtige Hinweise auf Mängel und Lücken im neuen Strafrecht geben können. Natürlich erwarte ich auch, dass diese Hinweise im Interesse der öffentlichen Sicherheit aufgenommen werden und zu den entsprechenden Korrekturen führen.

**Wo vor allem?**

**Keller-Sutter:** Dringende Korrekturen sehe ich bei der Rückversetzung in den Strafvollzug von bedingt entlassenen Tätern, aber auch bei der Entfernung von Strafen aus dem Strafregister. Nach zehn Jahren werden eingetragene Strafen gänzlich entfernt, also nicht mehr mit dem Vermerk «gelöscht» versehen. Die Strafverfolgungsbehörden wissen also unter Umständen nicht einmal, dass sie es mit einem verurteilten Straftäter zu tun haben. So können sie auch das Risiko nicht mehr beurteilen, das von einer solchen Person ausgeht.

**Mit dem neuen Strafrecht müssen die Vollzugsbehörden grünes Licht von einem Gericht erhalten, damit sie in die Freiheit entlassene Täter, die gegen Bewährungsauflagen verstossen, wieder wegsperren können. Sie haben dies im Zusammenhang mit dem Tötungsdelikt an Lucie Trezzini kritisiert. Enttäuscht, dass das EJPD im Fragenkatalog nicht auf diesen Punkt eingeht?**

**Keller-Sutter:** Die Fragen sind tatsächlich relativ einseitig und beschäftigen sich vor allem mit dem neuen Strafsystem. Die Umfrage gibt uns aber die Chance, Mängel aufzuzeigen, die schnell zu korrigieren sind. So

konnte die Justizvollzugsbehörde früher einen bedingt entlassenen Täter schnell in den Strafvollzug zurückversetzen, wenn er gegen Bewährungsauflagen verstossen hat. Heute müssen die Gerichte hier entscheiden, was aufwendig und kompliziert ist. Die Vollzugsbehörde kann dem Gericht nur dann die Rückversetzung in den Straf- oder Massnahmenvollzug beantragen, wenn ernsthaft zu erwarten ist, dass der Verurteilte neue Straftaten begeht. Das ist oft kaum beweisbar. Deshalb ist präventives Handeln kaum mehr möglich. Hier ist aus meiner Sicht dringender Handlungsbedarf gegeben.

**Das EJPD will vor allem wissen, wie wirksam die Kantone die Geldstrafen als Ersatz für die kurzen Freiheitsstrafen beurteilen. Was werden Sie antworten?**

**Keller-Sutter:** Der Geldstrafe stehe ich kritisch gegenüber. Eine Strafe soll auch ein spürbarer Eingriff sein, der sich nicht nur im Portemonnaie äussert.

**Eine bedingte Geldstrafe muss nie bezahlt werden, wenn sich der Verurteilte während der Probezeit nichts zu Schulden kommen lässt. Entfällt dies überhaupt eine abschreckende Wirkung – oder müsste man die Geldstrafe ganz abschaffen?**

**Keller-Sutter:** Das System der bedingten Geldstrafen wurde aus Deutschland und anderen europäischen Staaten übernommen. Eine allfällige Abschaffung der bedingten Geldstrafe kann nicht isoliert erfolgen. Das gesamte Sanktionensystem im Strafrecht muss dazu überprüft werden, damit das Gleichgewicht am Schluss stimmt. Jüngste Urteile haben gezeigt, dass bedingte und teilbedingte Geldstrafen auch im Bereich von Sexual- und Gewaltdelikten ausgefällt wurden. Dies ist aus meiner Sicht unsinnig und widerspricht dem Prinzip der schuldangemessenen Vergeltung und Abschreckung.

**Müssten wieder kurze Freiheitsstrafen von weniger als sechs Monaten eingeführt werden, damit das Strafrecht seinen strafenden Charakter zurückgewinnt?**

**Keller-Sutter:** Ja, ich finde kurze Freiheitsstrafen nötig und sinnvoll. Sie können die Chance bieten, eine negative Entwicklung beim Täter zu unterbrechen und eine Neuorientierung zu ermöglichen. Kurze Freiheitsstrafen können aber nur bei sogenannten leichten Delikten wie Einbrüchen oder Diebstählen in Frage kommen. Bei schweren Delikten sind Sanktionen notwendig, die vom Täter und der Gesellschaft als gerechter, spürbarer Eingriff empfunden werden.

**Keller-Sutter:** Ich verstehe es auch nicht. Es war aber absehbar, dass das neue Recht zu genau solchen Verzerrungen führen kann. Viele Praktiker haben bereits während der Beratung im Parlament darauf aufmerksam gemacht.



Das neue Strafrecht birgt Unklarheiten – auch im Umgang mit Straftätern. GETTY

## EXPRESS

- Der Bund verteilt Fragebögen zum neuen Strafrecht.
- Karin Keller-Sutter beurteilt Geldstrafen kritisch.



**Bonus:** Die ausführliche Version des Interviews gibt es auf [www.zisch.ch/bonus](http://www.zisch.ch/bonus)

## HINWEIS

► \* **Karin Keller-Sutter** (45) ist St. Galler Regierungsrätin und Vizepräsidentin der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren. ◀

INTERVIEW KARI KÄLIN